

THEMEN

Sozialrechtrecht

// Persönliches Budget und Zielvereinbarung – Höhere Leistungen für Menschen mit Behinderung nicht ausgeschlossen

Unterhaltsrecht

// Sehr hohes Einkommen = höherer Kindesunterhalt als bislang

Verkehrsrecht

// Geschwindigkeitsmessungen mit dem Lasergerät Leivtec XV3 ausgesetzt – Messfehler erkannt

All. Zivilrecht

// Ärger mit der Dachlawine

Strafrecht

Leitfaden für Notwehr – Wie Unternehmer, Ärzte oder Geschäftsinhaber reagieren können

Versicherungsrecht

// Versicherung: Nachhaftung in der Arzthaftpflicht

In eigener Sache

// Rechtsanwalt im Fokus: Matthias Herberg

NEWSLETTER 01.04.2021

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Recht muss **gesprochen** werden!

Als Fachanwalt für Sozialrecht beobachte ich seit Jahren die Tendenz, dass die mündliche Verhandlung vor dem Sozialgericht zur Ausnahmeerscheinung wird. Was früher die Ausnahme war, ist heute der Regelfall: der Gerichtsbescheid.

Zur Entlastung der Gerichte besteht die Möglichkeit, ohne mündliche Verhandlung zu entscheiden, wenn die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art aufweist und der Sachverhalt geklärt ist. Einer Zustimmung der Parteien bedarf es dafür nicht; das Gericht ist auch völlig frei in der Annahme, ob hier noch tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten bestehen. Gerade in Zeiten der Pandemie wird von dieser Möglichkeit der Entscheidung noch mehr Gebrauch gemacht als bereits zuvor. Die Bedeutung der mündlichen Verhandlung in einem sozialgerichtlichen Verfahren wird dabei völlig verkannt. Gerade bei Rechtsstreitigkeiten mit einem medizinischen Hintergrund, wie die Frage des Anspruches auf eine Rente wegen Erwerbsminderung oder bei Feststellung einer Schwerbehinderung, ist es notwendig, dem Kläger die Möglichkeit zu geben, seine Einschränkungen selbst darzustellen. Auch der persönliche Eindruck kann bei einer Entscheidung eine Rolle spielen. Ehrenamtliche Richter, die bei einer mündlichen Verhandlung anwesend sein müssen, werden beim Gerichtsbescheid nicht beteiligt.

Es ist Aufgabe des Gerichtes, den Klägern zu vermitteln, was möglich ist und was nicht. Die Aufgabe des Anwaltes ist es, die Interessen des Mandanten zu vertreten, nicht, ihm die Aussichtslosigkeit seines Begehrens vor Augen zu führen, wenn es um medizinische Einschätzungen geht. Dies muss das Gericht in der mündlichen Verhandlung dem Kläger nahebringen, anders tritt kein Rechtsfrieden ein. Gerichtsbescheide führen allein dazu, dass sich der Kläger zu einer Berufung aufgefordert sieht. Die mündliche Verhandlung ist eine Errungenschaft in der Rechtsgeschichte – derzeit sind wir dem preußischen Aktenprozess jedoch sehr nahegekommen.

Wir wollen mit unseren Mandanten weiter in der mündlichen Verhandlung für seine Interessen streiten und nicht nur Akten am Schreibtisch bewegen!

Ihnen und Ihren Familien wünschen wir ein frohes Osterfest! Bleiben Sie gesund!

Herzlich, Ihr Matthias Herberg



Rechtsanwalt
MATTHIAS HERBERG

Fachanwalt für
Sozialrecht
Fachanwalt für
Medizinrecht

0351 80718-56
herberg@dresdner-
fachanwaelte.de

// Persönliches Budget und Zielvereinbarung – Höhere Leistungen für Menschen mit Behinderung nicht ausgeschlossen

Die Vereinbarung eines persönlichen Budgets soll dem behinderten Menschen durch die Verwaltung der Geldmittel in eigener Verantwortung ein möglichst selbstbestimmtes Leben gewährleisten. Jeder Hilfeempfänger hat einen Anspruch auf Ausführung der Leistungen zur Teilhabe als persönliches Budget. Dazu gehören auch die Leistung der Krankenkasse und der Pflegekasse, sowie alle Leistungen im Bereich der Eingliederungshilfe.

Häufig wird ein persönliches Budget geleistet, um ein selbstbestimmtes Leben in einer eigenen Wohnung oder Wohngruppe zu gewährleisten, wobei eine regelmäßige Betreuung durch Fachkräfte notwendig ist.

Über die Höhe des gewährenden persönlichen Budgets kommt es häufig zu streitigen Auseinandersetzungen mit den Sozialhilfeträgern. Problematisch ist insbesondere, wenn es während des vereinbarten Budgetzeitraums, in der Regel 1 - 2 Jahre, zu Preissteigerungen der Leistungserbringer kommt. Häufig kommt es zu einer „Unterfinanzierung“, sodass hier erhebliche Verbindlichkeiten bei den Leistungserbringern eintreten, die dann die Kündigung der Leistungen androhen und auch umsetzen.

Die Sozialhilfeträger verweisen in solchen Fällen regelmäßig auf die abgeschlossene Zielvereinbarung, mit der gerade die Höhe einer monatlich zu gewährenden Leistung für einen bestimmten Zeitraum festgestellt worden ist.

Entgelterhöhungen der Leistungserbringer sollen dabei nicht zu Kündigung einer Zielvereinbarung berechtigen, der Hilfeempfänger wird regelmäßig an die Vereinbarung gebunden.



Bild: KUCKLICK dresdner-fachanwaelte.de

Das Sozialgericht Dresden hat nun in einem von uns vertretenen Fall entschieden, dass es nicht daran gehindert ist, allein wegen einer abgeschlossenen Zielvereinbarung höhere Leistungen als darin vereinbart zuzusprechen. Bislang wurde durch einige Gerichte die Auffas-

sung vertreten, dass eine einmal geschlossene Zielvereinbarung und die danach gewährten Budgetleistungen einer gerichtlichen Kontrolle weitgehend entzogen sind und Hilfebedürftige dann auf Sachleistungen beschränkt wären.

Auch das Bundessozialgericht hat in einer Entscheidung vom 28.1.2021 (Az.: B 8 SO 9/19 R) nun entschieden, dass einem Anspruch auf ein höheres Budget nicht entgegenstehe, dass in der Zielvereinbarung Abreden über dessen Höhe enthalten seien. Der Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem in der Budgetverordnung (BudgetV) beschriebenen Mindestinhalts sei allenfalls formale Voraussetzung für den anschließenden Erlass eines Verwaltungsaktes.

Die Zielvereinbarung binde die Beteiligten nicht materiell im Hinblick auf den individuellen Leistungsbedarf, der dem persönlichen Budget wegen der notwendigen Ausgestaltung und der Höhe zugrunde liegt.

Fazit: Mit dieser Entscheidung sollte abschließend geklärt sein, dass der Abschluss einer Zielvereinbarung nur eine formale Voraussetzung ist, damit ein entsprechender Bewilligungsbescheid für die Gewährung eines persönlichen Budgets erlassen werden kann. Eine abschließende Bindung an die Höhe des persönlichen Budgets bewirkt die Zielvereinbarung jedoch nicht. Es kann deshalb auch weiter während des Budgetzeitraums über die jeweils angemessene Höhe des persönlichen Budgets, entsprechend des individuellen Hilfebedarfs und der entstehenden Kosten, gestritten werden.

Diese Feststellung ist gerade bei Entgelterhöhungen durch Leistungserbringer und einem geän-

dernten Hilfebedarf des behinderten Menschen von großer Bedeutung. Die Entscheidung möge dazu führen, dass hier auch während des Bewilligungszeitraums eine Anpassung der notwendigen Leistungen nunmehr erfolgt. Die Entscheidung ist insgesamt zu begrüßen, da sie die Bedeutung des persönlichen Budgets stärkt (Sozialgericht Dresden, Beschluss vom 12.3.2021, Az.: S 28 SO 41/21 ER). //

[Detailinformationen: RA Matthias Herberg, Fachanwalt für Medizinrecht, Fachanwalt für Sozialrecht, Telefon 0351 80718-56, herberg@dresdner-fachanwaelte.de]

// Sehr hohes Einkommen = höherer Kindesunterhalt als bislang

Die Höhe des zu zahlenden Unterhaltes richtet sich nach dem Nettoeinkommen des Unterhaltspflichtigen. Je höher das Einkommen, desto höher der zu zahlende Unterhalt. Die Unterhaltstabelle beginnt mit der Einkommensgruppe bis 1.900,00 Euro und endet mit der Einkommensgruppe 5.101,00 - 5.500,00 Euro.

Bei einem Einkommen in der höchsten Einkommensgruppe schuldet der Unterhaltspflichtige einem 14 Jahre alten Kind Unterhalt in Höhe von 845,00 Euro monatlich, abzüglich 109,50 Euro hälftiges Kindergeld. Bislang war es so, dass auch bei einem höheren Einkommen als 5.500,00 Euro monatlich kein höherer Unterhalt geschuldet war. Nur wenn das Kind konkret darlegen konnte, dass ein Betrag von 845,00 Euro zur Deckung des eigenen Bedarfs nicht ausreichte, war höherer Unterhalt denkbar. Dies war die absolute Ausnahme. Davon erfasst

wurden beispielsweise Fälle, wo das Kind ein eigenes Reitpferd besaß.

Jetzt hat der Bundesgerichtshof seine Rechtsprechung geändert (Beschluss vom 16.9.2020, Az.: XII ZB 499/19.) Er nimmt nun für den zu zahlenden Unterhalt eine Fortschreibung der in der

Düsseldorfer Tabelle enthaltenen Bedarfsbeträge bis zu einem Einkommen in Höhe von derzeit 11.000,00 Euro monatlich vor. Wie in diesen Fällen dann der konkret zu zahlende Unterhalt bemessen sein soll, lässt der BGH offen. Dies wird Aufgabe der Instanzgerichte sein. Vermutlich

wird die nächste Düsseldorfer Tabelle hierzu Ausführungen enthalten. //

[Detailinformationen: RA Thomas Börger, Fachanwalt für Familienrecht, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Telefon 0351 80718-10, boerger@dresdner-fachanwaelte.de]



Bild: angelo luca iannaccone auf Pixabay

// Geschwindigkeitsmessungen mit dem Lasergerät Leivtec XV3 ausgesetzt – Messfehler erkannt

Das auch in Dresden verwendete Lasermessgerät Leivtec XV3 soll nach einer aktuellen Nachricht des Herstellers vorerst nicht mehr eingesetzt werden. Schon im letzten Jahr war durch Untersuchungen einer Gruppe von Sachverständigen der Verdacht aufgekommen, dass das Gerät mitunter zu falschen Geschwindigkeitswerten kam. Einige auffällige Ergebnisse lagen außerhalb des Bereiches der Fehlertoleranz, die ohnehin bei jeder Messung zu berücksichtigen ist. Weitere Ermittlungen dieser unabhängigen Sachverständigen haben die Ergebnisse bestätigt und führten schließlich Ende des letzten Jahres zu einer herstellerseitigen Änderung der Auswertungsanweisungen. Bestimmte Messsituationen sollten nun vermieden bzw. nicht mehr ausgewertet werden.



Bild: KUCKLICK dresdner-fachanwalte.de

Obwohl diese neuen Erkenntnisse sich schon sehr früh herumgesprochen hatten und schließlich auch von den „Haussachverständigen“ der Gerichte nicht mehr ignoriert werden konnten, wird wohl der eine oder andere Betroffene bei dem für ihn zuständigen Bußgeldgericht mit darauf beruhenden

Einwänden gescheitert sein. Schließlich handelt es sich bei dem Leivtec XV3 um ein von der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB) zugelassenes Geschwindigkeitsmesssystem und deshalb steht Hinweisen zu Fehlmessungen immer der mögliche Einwand des Bußgeldrichters gegenüber, es handele sich um ein „standardisiertes System“. Damit müsse er nicht jedem Zweifel an der Richtigkeit der Messung nachgehen und könne darauf gerichtete Beweisanträge zurückweisen.



**RECHTSANWALT (m/w/d)
IM FAMILIENRECHT
GESUCHT**
www.dresdner-fachanwalte.de

Die Lage war nun aber doch zu eindeutig. Weder Hersteller noch PTB konnten an der bisherigen Linie festhalten und den Anwendern wurde jetzt bis auf Weiteres empfohlen, das Gerät nicht mehr einzusetzen. Das wird natürlich auch Auswirkungen auf noch laufende Verfahren haben. Sicher sind in vielen Fällen Bußgeldverfahren einzustellen. Betroffene mit bereits abgeschlossenen Verfahren dürften davon kaum profitieren.
//

[Detailinformationen: RA Klaus Kucklick, Fachanwalt für Verkehrsrecht, ADAC-Vertragsanwalt, Telefon 0351 80718-70, kucklick@dresdner-fachanwalte.de]

// Ärger mit der Dachlawine



Bild: Hans Braxmeier auf Pixabay

Der Winter 2020/2021, einer der schneereichsten Winter der vergangenen Jahre, gibt Anlass, sich mit der Frage zu beschäftigen, wer ggfs. unter welchen Voraussetzungen für die Schäden aufgrund herunterfallender Dachschneelawinen haftet. Neben reinen Sachschäden (z. B. an abgeparkten Fahrzeugen) kommt es doch immer wieder auch zu erheblichen Personenschäden.

1. Nachweis des Schadenseintritts durch Dachlawine

Zunächst muss bewiesen werden, dass die jeweiligen Schäden auch tatsächlich durch eine Dachlawine verursacht wurden. Das kann dann problematisch werden, wenn eine Beweissicherung, etwa durch Lichtbilder, nicht umgehend erfolgt ist und der Schnee nach Eintreffen am Fahrzeug zum Beispiel schon gar nicht mehr vorhanden ist. Dann kann allenfalls gemutmaßt werden, dass die Schäden durch Dachlawinen verursacht wurden.

2. Verkehrssicherungspflichtverletzung?

Die häufig weitaus schwierigere Frage ist jedoch, ob dem Geschädigten gegenüber dem Hauseigentümer aus dem Schadensereignis Ansprüche zustehen. Zu berücksichtigen ist nämlich, dass dem Grundstückseigentümer konkret vorgeworfen werden muss, Verkehrssicherungspflichten verletzt zu haben. Das bedeutet also, dass der

Eintritt eines Schadens nicht per se den Schluss einer Verkehrssicherungspflichtverletzung zulässt.

In § 32 Abs. 8 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) heißt es hierzu lediglich, dass Dächer an Verkehrsflächen und über Eingängen Vorrichtungen zum Schutz gegen das Herabfallen von Schnee und Eis haben müssen, wenn dies die Verkehrssicherheit erfordert.

Das Oberlandesgericht Dresden (OLG) hat bereits mit seinem Urteil vom 17.07.1996, Az.: 8 U 696/96, festgestellt, dass immer dann, wenn besondere Umstände vorliegen, der Hauseigentümer je nach Notwendigkeit einerseits und Zumutbarkeit andererseits Maßnahmen zur Verhinderung von Schneelawinen ergreifen muss.

Als **besondere Umstände** kommen die

- allgemeine Schneelage des Ortes,
- die allgemeine Beschaffenheit des Gebäudes,
- die allgemein ortsüblichen Sicherheitsvorkehrungen,
- die allgemeinen örtlichen Verkehrsverhältnisse,
- die konkreten Schneeverhältnisse,
- die Witterungslage sowie
- die konkrete Verkehrseröffnung

in Betracht.

Das heißt also, dass man die Frage, ob der Hauseigentümer aus einer Verkehrssicherungspflichtverletzung haftet, nicht „schwarz oder weiß“ beantworten kann, sondern stets anhand der Umstände des Einzelfalls würdigen muss.

3. Mitverschulden des Geschädigten

Der Schädiger wird häufig auch ein Mitverschulden des Geschädigten einwenden. Das kann

etwa darin liegen, dass dem Geschädigten die Gefahr des herabfallenden Schnees bekannt bzw. infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist. Das kann dazu führen, dass bspw. das Fahrzeug nicht an die entsprechende Stelle hätte abgestellt werden dürfen. Diese Argumentation ist nicht unproblematisch, etwa wenn der Parkplatz speziell zugewiesen wurde oder anderweitig freie Parkmöglichkeiten nicht vorhanden waren. Auch wird man einem Fußgänger, der von einer Dachlawine überrascht wird, nicht generell unterstellen dürfen, dass er die Gefahr hätte erkennen können bzw. müssen.

4. Anspruchshöhe

Zuletzt muss die Anspruchshöhe ermittelt werden. Bei reinen Sachschäden können das die Reparaturkosten eines Pkws, im Totalschadensfall auch der so genannte Wiederbeschaffungsaufwand sein. Bei Personenschäden kommen neben

einem Schmerzensgeld auch ein Haushaltsführungsschaden, Verdienstausschlagsschaden oder etwa Zuzahlungskosten für Medikamente u. ä. in Betracht.

Nicht nur wegen der Frage, ob überhaupt Ansprüche gegen den Hauseigentümer bestehen, sondern auch in welcher Höhe, sollten Sie sich im Zweifel rechtlichen Rat einholen. //

[Detailinformationen: RA Clemens Biastoch, Tätigkeitsschwerpunkte Baurecht und Verkehrsrecht, Telefon 0351 80718-68, biastoch@dresdner-fachanwaelte.de]

// Leitfaden für Notwehr – Wie Unternehmer, Ärzte oder Geschäftsinhaber reagieren können

Wie kann man sich selbst, Mitarbeiter, Patienten oder Kunden sowie das Unternehmen, die eigene Praxis oder sein Ladengeschäft schützen, wenn eine Person aggressiv und beleidigend wird, ohne selbst einen Straftatbestand zu erfüllen? Vor diesem Problem standen leider schon einige Unternehmer, Ärzte oder Ladenbesitzer. Dabei ist es jedoch wichtig, die Grenzen der strafrechtlich gerechtfertigten Notwehr nicht zu überschreiten.

Niemand muss körperliche Angriffe gegen sich oder andere einfach hinnehmen. Selbiges gilt für verbale Entgleisungen oder Sachbeschädigungen. Der Querulant wird natürlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen und ihm kann selbst für eine Beleidigung bis zu ein Jahr Freiheitsstrafe auferlegt werden. Dies hilft den Personen vor Ort jedoch in der konkreten Situation nicht weiter.

Notwehr oder Nothilfe

Daher räumt das Strafgesetzbuch den Geschädigten und beobachtenden Dritten die Handlungsmöglichkeit der Notwehr bzw. Nothilfe ein, um gegenwärtige Angriffe gegen geschützte Rechtsgüter abzuwehren und um schlimmere Verletzungsfolgen abzuwenden. Dies bedeutet, dass man tätig werden darf, um sich oder andere sowie auch Eigentumswerte zu schützen.

Diese strafrechtlich gedeckte Gegenwehr ist jedoch nur erlaubt, solange der Angriff noch andauert bzw. unmittelbar bevorsteht. Das bedeutet, dass man gleich einschreiten muss, wenn eine gefährliche Situation entsteht. Nur dann ist eine Gegenwehr „geboten“. Aber auch wenn man wegen einer Notwehrlage das Recht zur Gegenwehr hat, darf diese nicht das Maß des „Erforderlichen“ überschreiten.

Was zur Abwehr erforderlich ist, hängt immer von der aktuellen Notwehrlage ab. So könnte selbst die Tötung des Angreifers gerechtfertigt sein, wenn dies die einzige Möglichkeit wäre, um sich selbst zu schützen. Man darf stets das sicherste von allen zur Verfügung stehenden Mitteln wählen, wenn die Gefahr nur so abzuwenden ist.

Die Grenzen der Notwehr

Trotzdem kennt die Notwehr Grenzen. Man darf bei einer einfachen Rechtsgutsverletzung, wie beispielsweise einem Schubsen oder einer verbalen Beleidigung nicht mit exzessiver Gewaltausübung reagieren. Selbiges gilt für Handlungen, die gar nicht zur Abwehr eines Angriffs dienen, sondern eher eine trotzigte Bestrafungsreaktion darstellen. In diesen Fällen spricht man von einer Notwehrüberschreitung und wird nach den allgemeinen strafrechtlichen Regeln sanktioniert.

Dieser Sanktionierung kann man sich dann nur entziehen, wenn eine Provokation seitens des Angreifers anzunehmen ist. In diesem Fall könnte das eigene Handeln entschuldigt sein gemäß § 33 StGB, weil man aus menschlich verständlichen Motiven heraus agiert hat.

Die richtige Gegenwehr bei einem Angriff

Welche Abwehrhandlung geboten und erforderlich ist, kann man pauschal nicht sagen. Wenn beispielsweise ein Patient oder Kunde ausfallend wird oder konkrete Handlungen androht, steht einem zuallererst das **Hausrecht** zu. Man kann ihn dann dazu auffordern, unverzüglich die Pra-

xis oder das Ladengeschäft zu verlassen und mit der **Polizei** drohen. Zur Durchsetzung des Hausrechts darf man den Querulanten unproblematisch fest am Arm packen und vor die Praxis verbringen.

Sollte der Angreifer dennoch handgreiflich werden, ist es sinnvoll, zuerst zu probieren, diesen von sich **wegzustoßen**. Wenn er dann erneut angreift, hätte man auch die Möglichkeit mit einer **leichten Ohrfeige** zu reagieren, um den Angreifer somit zu überraschen und ihn vielleicht zur Vernunft zu bringen.

Sollte die Situation sich nicht entspannen, könnte man den Angreifer auch **zu Boden bringen**, um ihn von weiteren Ausschreitungen abzuhalten. Welches Maß an Kraft dabei eingesetzt werden kann und darf, hängt immer von der jeweiligen Situation ab.

NOTWEHR, die

Wortart: Substantiv, feminin

Notwehr ist die Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden. (StGB)

Bild: KUCKLICK dresdner-fachanwaelte.de

Wenn man sich nicht allein an den Angreifer herantraut, kann man sich **bei Dritten Hilfe suchen**, um der Lage zu zweit Herr zu werden. Die Zuhilfenahme von Gegenständen ist grundsätzlich auch möglich, dabei könnte man aber leicht in einen strafbaren Notwehrexzess fallen. So ist etwa der Einsatz von Pfeffer- bzw. Tierabwehrspray zur Selbstverteidigung gerechtfertigt. Aber auch hier darf man nur so lange sprühen, bis der Angreifer außer Gefecht gesetzt ist. Ansonsten liegt ebenfalls eine Notwehrüberschreitung vor. Man sollte jedoch keine gefährlichen Gegenstände oder Waffen einsetzen, wenn es sich nicht unbedingt vermeiden lässt.

Wenn man sich unsicher ist, sollte man sich folgende Reihenfolge der **Abwehrmöglichkeiten** ins Gedächtnis rufen:

[Detailinformationen: RAin Stefanie Kretschmer, Tätigkeitsschwerpunkt Strafrecht, Telefon 0351 80718-90, kretschmer@dresdner-fachanwaelte.de]

1. **Ausweichen**
(Deeskalieren, Polizei rufen)
2. **Schutzwehr (Ducken, Abblocken)**
3. **Trutzwehr (Aktive Abwehr)**

Sprechen Sie uns gern mit Ihren strafrechtlichen Fragestellungen an. Wir stehen Ihnen als spezialisierte Rechtsanwälte und Strafverteidiger zur Seite und beraten Sie gerne. //

// Versicherung: Nachhaftung in der Arzthaftpflicht

Trotz aller Sorgfalt bei der Berufsausübung kommt es in der Praxis leider immer wieder vor, dass ein Patient aufgrund eines Behandlungsfehlers zu Schaden kommt. In einem solchen Fall übernimmt die mit einem Versicherungsunternehmen abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung den geforderten Schadenersatz. Dies gilt selbst dann, wenn Patienten noch Jahre nach einer fehlerhaften Behandlung durch den Arzt Schadensersatzansprüche geltend machen.

Für Ärzte, die aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden, stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob sie für einen solchen Fall ausreichend versichert sind, da regelmäßig auch die Berufshaftpflichtversicherung mit der Aufgabe der beruflichen Tätigkeit endet. Dabei spielt es keine Rolle, ob man den Ausstieg altersbedingt oder wegen einer beruflichen Neuorientierung plant.

Um das bestehende Risiko besser einschätzen zu können, ist es an dieser Stelle zunächst notwendig, sich einen Überblick über die Verjährungsfristen von Schadenersatzansprüchen zu verschaffen:

Verjährungsfristen von Schadenersatzansprüchen

Grundsätzlich beträgt die Verjährungsfrist **drei Jahre**. Gemäß § 199 Abs. 1 BGB beginnt diese Frist jedoch erst ab dem Zeitpunkt, in dem der Schadensersatzanspruch entstanden ist und der Patient Kenntnis von den anspruchsbegründenden Umständen erlangt hat oder ohne grobe Fahrlässigkeit hätte erlangen müssen.



Bild: Sasin Tipchai auf Pixabay

Dies bedeutet in der Praxis, dass die für den Schaden ursächliche Fehlbehandlung und die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen

zeitlich weit auseinanderfallen können. Die Verjährung beginnt nämlich erst dann zu laufen, wenn dem Patienten die Umstände bekannt werden, aus denen sich für ihn ergibt, dass ein zunächst für schicksalhaft gehaltenes negatives Behandlungsergebnis auf einem nicht lege artis durchgeführten Eingriff beruht.

Beispiel: *Der behandelnde Arzt lässt im Rahmen einer Operation Fremdmaterial im Körper des Patienten zurück. In der Folge war es zwar zu Beschwerden bei dem Patienten gekommen, diese ließen sich jedoch nicht auf einen Behandlungsfehler zurückführen. Erst Jahre später wird im Rahmen einer weiteren Operation das Fremdmaterial entdeckt. Die Verjährung beginnt nicht mit dem Abschluss der ursprünglichen Behandlung, bei der der Fehler passiert ist, sondern erst zu dem Zeitpunkt, als das Fremdmaterial im Rahmen der weiteren Operation entdeckt wurde.*

Ohne diese Kenntnis beträgt die absolute Verjährungsfrist nach § 199 Abs. 2 GB für Schadenersatzansprüche, die auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen, **30 Jahre** ab dem Behandlungsfehler als schadenauslösendes Ereignis (im Beispiel oben die erste Operation, bei der das Fremdmaterial zurückgelassen wurde).

Kein Versicherungsschutz nach Berufsaufgabe?

Ein Blick auf die bestehenden gesetzlichen Verjährungsregeln macht somit deutlich, dass ein Arzt auch viele Jahre nach der Berufsaufgabe mit Schadenersatzansprüchen konfrontiert werden kann.

In dem Zeitraum der aktiven Berufsausübung ist dies noch unproblematisch. Selbst dann, wenn Schadenersatzansprüche extrem zeitverzögert erhoben werden, werden diese über den Berufshaftpflichtversicherer reguliert, bei dem Versicherungsschutz in dem Zeitpunkt des Schadenseintritts bestanden hat. Es kommt also nicht

auf den Zeitpunkt der Ursache an, die zu dem Schadensereignis geführt hat, sondern auf den Zeitpunkt der Schädigung. Bei einem Wechsel des Versicherers ist daher immer das Versicherungsunternehmen zuständig, bei dem der Arzt zum Zeitpunkt des Schadenseintritts versichert war.

Anders ist dies jedoch dann, wenn der Schaden zu einem Zeitpunkt eintritt, als der Arzt seinen Beruf bereits aufgegeben hat. Denn mit dem Risikowegfall endet die Berufshaftpflichtversicherung. Für später eintretende Schadenereignisse als Folge einer Behandlung vor der Beendigung des Versicherungsvertrages besteht grundsätzlich kein Versicherungsschutz mehr. Der Arzt haftet dann mit seinem Privatvermögen, welches gerade bei schweren Behandlungsfehlern nicht mehr ausreichen wird, die entstandenen Ansprüche zu befriedigen.

Nachhaftungsklauseln

Für diese Deckungslücke enthalten die meisten Versicherungsverträge sogenannte Nachhaftungsklauseln, mit denen Ansprüche gedeckt werden, die nach Aufgabe der ärztlichen Tätigkeit erhoben werden. Die Nachhaftung kann dabei entweder zeitlich beschränkt oder aber unbegrenzt bestehen. Vor dem Ausscheiden aus dem Berufsleben ist es daher unerlässlich, den Versicherungsschutz diesbezüglich zu überprüfen. Dies gilt vor allem bei Altverträgen. Gegebenenfalls muss eine Nachhaftungsversicherung zusätzlich abgeschlossen werden, sollte diese nicht bereits in der ursprünglich abgeschlossenen Berufshaftpflichtversicherung für Ärzte integriert gewesen sein. Auf diese Weise ist man auf der sicheren Seite, um sich vor einer Haftung mit dem Privatvermögen bei möglichen Spätschäden zu schützen. //

[Detailinformationen: RA Andreas Holzer, Fachanwalt für Versicherungsrecht, Telefon 0351 80718-68, holzer@dresdner-fachanwaelte.de]

// Rechtsanwalt im Fokus

Rechtsanwalt **Matthias Herberg** ist Experte für medizin- und sozialrechtliche Belange. Seit 2016 wurde er jährlich vom Magazin FOCUS SPEZIAL als einer der besten Fachanwälte für Sozialrecht Deutschlands ausgezeichnet. Der langjährig erfahrene Fachanwalt ist daneben gefragter Ansprechpartner in allen Fragen des Medizinrechtes. Zudem betätigt sich Matthias Herberg gern als Autor von Fachartikeln und als Referent bei Patientenvertretungen und berufsständischen Organisationen. Eine intensive Zusammenarbeit

verbindet ihn auch ehrenamtlich mit verschiedenen gemeinnützigen Vereinen. Beruflich und privat unternimmt der dreifache Familienvater seine (Dienst-)Reisen bevorzugt mit der Bahn und neuerdings mit einem E-Auto. Er ist sportlich aktiver Volleyballer, Radfahrer und Hundeliebhaber. //

<https://www.dresdner-fachanwaelte.de/anwaelte/matthias-herberg-fa-fuer-sozialrecht-fa-fuer-medizinrecht/>

Aktuell, informativ, kostenfrei!

Teilen Sie bitte Ihre E-Mail-Adresse einem Mitarbeiter unserer Kanzlei mit, senden Sie diese an info@dresdner-fachanwaelte.de oder melden Sie sich selbst über unsere Homepage an: www.dresdner-fachanwaelte.de unter *Aktuelles*. Ihre persönlichen Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. //

abonnieren

@ NEWSLETTER